

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

N^o 10.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Einschlagen in die Postzeitungsliste Nr. 6817.

Hannover,
Sonnabend, 7. Mai 1898.

Inserate kosten pro 8gespaltene Zeile über deren Raum 15 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Burgstr. 41. Verlag: Geyerle & Co.

7. Jahrg.

Bekanntmachung.

Der Vorstand beruft hiermit gemäß den Bestimmungen des Statuts § 18 Abs. 8-10 den diesjährigen Verbandstag auf Sonntag, den 14. August (nicht 7. August, wie irrthümlich bekannt gegeben), Nachmittags 4 Uhr nach Kassel ein.

Die folgende Wahlkreiseinteilung ist, entsprechend dem Abs. 10 des § 18 des Statuts, nach der Abrechnung für das 4. Quartal erfolgt und zwar ist durch Berechnung die Anzahl der zahlenden Mitglieder ermittelt und der Einteilung zu Grunde gelegt worden. Soweit thunlich, ist bei Zusammenstellung der Wahlstellen zu einem Wahlkreise die geographische Lage berücksichtigt und sind demgemäß die benachbarten Wahlstellen zu einem Wahlkreise vereinigt worden.

Wahlstellen, deren Gründung am 1. April, dem Tag der Einberufung, noch nicht endgültig vollzogen war, können an den Delegirtenwahlen nicht teilnehmen. Natürlich sind sie aber berechtigt, Anträge an den Verbandstag zu senden. Die Wahlkreise sind wie folgt gebildet:

1. Wahlkreis: Hannover, Hannover-N.O., Alfeld, Celle. 1 Delegirter.
2. " Einzelmitglieder in Vinde, Gameln, Nienburg, Peine, Alfeld, Freden, 1 Delegirter.
3. " Silbesheim, Einzelmitglieder in Groß-Elbe, Eschershausen, Goslar. 1 Delegirter.
4. " Bechelde, Braunschweig, Wolfenbüttel, Thiede. 1 Delegirter.
5. " Delmenhorst. 1 Delegirter.
6. " Garburg. 3 Delegirte.
7. " Wilhelmsburg, Bremen, Altmehring. 1 Delegirter.
8. " Hamburg. 1 Delegirter.
9. " Rothenburgsort. 1 Delegirter.
10. " Hamn, Billwärder. 1. Delegirter.
11. " Winterhude-Spandorf, Gilbed. 1 Delegirter.
12. " Hamburg-Uhlenhorst, Einsbüttel. 1 Delegirter.
13. " Altona-Ottensen. 1 Delegirter.
14. " Wandsbef. 1 Delegirter.
15. " Barmbeck. 1 Delegirter.
16. " Bergedorf. 1 Delegirter.
17. " Schiffbek. 1 Delegirter.
18. " Langensfelde-Stellingen, Dudenhuden, Binneberg, Uetersen, Oldesloe, Cuxhafen. 1 Delegirter.
19. " Neumünster, Glückstadt, Kellinghusen, Einzelmitglieder in Marne, Wesselburen, Stade, Basbed. 1 Delegirter.
20. " Elmshorn, Kendsburg, Vorby. 1 Delegirter.
21. " Flensburg. 1 Delegirter.
22. " Ikehoe, Hadersleben, Kappeln, Sonderburg. 1 Delegirter.
23. " Lägerdorf, Wedel. 1 Delegirter.
24. " Lübeck, Kensefeld. 1 Delegirter.
25. " Geesthacht, Stodsdorf, Selmsdorf, Moislingen, Wolgast, Pödejud, Danzig, Kolberg. 1 Delegirter.
26. " Berlin, Nowawes, Potsdam. 1 Delegirter.
27. " Einzelmitglieder in Leipzig und Dresden, Lüben, Girschberg, Grünau. 1 Delegirter.
28. " Alen, Nienburg (Saale), Köthen, Bitterfeld, Bernburg, Zerbst, Dessau, Kocklan. 1 Delegirter.
29. " Altenburg, Kriebitzsch, Eisenberg, Naumburg, Gartha. 1 Delegirter.
30. " Helmstedt, Schöningen, Halberstadt, Bernigerode, Ahendorf b. Staßfurt, Osterwieck. 1 Delegirter.
31. " Magdeburg, Zangermünde, Salzwedel, Niederndobeleben. 1 Delegirter.
32. " Olenstedt, Sudenburg, Zerleben, Schnarleben. 1 Delegirter.
33. " München, Augsburg, Pasing, Freising, Schöningen, Schweinfurt, Kolbermoor, Sandshut. 1 Delegirter.
34. " Splingen, Lauffen, Leimen bei Heidelberg, Speyer, Elmstein, Mannheim, Ludwigshafen, Frankenthal. 1 Delegirter.
35. " Offenbach, Mühlheim (Main). 1 Delegirter.

36. Wahlkreis: Urberach, Ober-Roden, Bürgel, Fechenheim, Homburg v. d. S. 1 Delegirter.
37. " Frankfurt, Kellterbach, Diebrich, Eschersheim, Bodenheim, Höchst, Mainz, Kofenheim. 1 Delegirter.
38. " Köln, Mülheim (Rhein), Dünnwald, Hagen, Altenhagen, Gevelsberg, Bielefeld. 1 Delegirter.
39. " Kassel, Holzminde, Mühlhausen, Gotha, Halle. 1 Delegirter.

Die Wahlen der Delegirten sind bis zum 20. Juni und zwar in dazu einuberufenenden Mitgliederversammlungen vorzunehmen. Zu diesen Versammlungen haben die Mitglieder ihre Berechtigung zur Theilnahme durch Vorzeigung ihrer Bücher nachzuweisen. Die Wahl geschieht durch Stimmzettel. Zur Vertretung dieser Wahl ist eine Wahlkommission zu bilden.

Verbandsgeossen! Erledigt aller Orten unverzüglich die Vorarbeiten. Haltet Umschau nach den tüchtigsten und sachkundigsten Kollegen, die Ihr zum Verbandstage senden könnt. Nehmt Stellung zu allen die Organisation berührenden Fragen, besprecht sie in Euren Versammlungen eingehend, damit die Delegirten Eure Wünsche kennen lernen und der Verbandstag zum Heile der Organisation thätig sein kann! Soeh unsere Organisation.

Mit kollegialischem Gruß

Für den Vorstand:
August Brey.

Vom Festtage des Proletariats!

Der Umstand, daß unter Blutt dieses Mal länger als eine Woche vor dem 1. Mai erschien, ließ uns von einem besonderen Maiartikel Abstand nehmen. Wir kommen nun nach dem Feste. Ueberall hat das werththätige Volk seine Feier begangen. Von allen Ländern verkündet der Draht siegeszuversichtliche Begeisterung, mit der die Arbeiter ihr Fest begingen. Der Bourgeois war es dieses Mal nicht möglich, die Feiernden und Demonstrierenden den Stachel ökonomischer Macht fühlen zu lassen. Ingrimig mußte sie die Feier mit ansehen. Und auch die geplagtesten des arbeitenden Volkes konnten dieses Jahr Theil nehmen an der internationalen Verbrüderung: die noch unter halbfeudalen Banden stehenden Landarbeiter. Dieses Mal, wo die Maifeier auf einen Sonntag fiel, standen sie nicht hinterm Pflug auf dem Acker, sondern in Reih und Glied mit den Demonstrierenden.

Ihre Entstehung verdankt die Feier dem internationalen Kongreß zu Paris, ihr Entstehungstag fiel zusammen mit dem hundertjährigen Gedenktag der bürgerlichen Revolution; ihr Zweck ist, Propaganda zu machen für Einführung von Arbeiterschutzgesetzen, basierend auf dem Normalarbeitstag von acht Stunden. Bei jeder Wiederkehr des Maifestes mußte das internationale Arbeiterheer eine größere Zahl von Streikern und Kämpfern, und mit jedem Jahre hat sich der Gedanke von der Nothwendigkeit internationaler Schutz- und Vorbeugungsmaßnahmen gegen die Verwüstung, die der Kapitalismus unter den Angehörigen der Arbeiterklasse anrichtet, größeren Anhang erworben. Der 1. Mai ist ein Siegestag geworden! Trotz des heftigsten Widerstandes der Besitzenden, trotz der Begeisterung und Verleumdung durch die dem Kapitalismus dienstbare Presse wird seine Feier von dem Proletariate festlich begangen. Trotzdem man den Forderungen, die am 1. Mai den Regierungen aller Länder unterbreitet werden, ewige Feindschaft, unüberwindlichen Widerstand geschworen, hat man der der Feier des 1. Mai zu Grunde liegenden Idee Konzession auf Konzession machen müssen. Ob die Industriestaaten als demokratische Republiken, ob sie als konstitutionelle oder absolute Monarchien regiert werden, überall bricht sich der Arbeiterschutz Bahn. In den Kabinetten und Parlamenten steht er zur Debatte, überall stehen die Arbeiterbataillone, die dafür sorgen, daß die Debatte nicht geschlossen werden kann, ohne daß die endgiltige Lösung vorbereitenden Beschlüsse gefaßt werden.

Und wie die Regierungen aller Länder sich dem Drängen und Mahnen, Stürmen und Pochen der für Schutz ihres Lebens und ihrer Gesundheit kämpfenden Arbeiter nicht verschließen konnten, so mußten auch alle Parteien, so weit sie nicht als nackte Interessensvertretungen des Kapitals gelten wollen, ihren Widerwillen, ihren Widerstand gegen staatlliche, gesetzgeberische Eingriffe in das Arbeitsverhältnis zum großen Theile aufgeben. Alle Parteien, die auf eine Gefolgschaft von Arbeitern

rechnen, müssen dem Arbeiterschutz Rechnung tragen, Stellung nehmen zur Regelung der Arbeitszeit. Das ist ein Resultat des internationalen Kampfes. Ein siegreiches Vordringen der Maiforderungen. Nicht nur die Zahl der theoretischen, praxismatischen Verfechter der Maiforderungen hat sich vermehrt, auch im praktischen Leben sind sie Schritt für Schritt weiter gedrungen in allen industriellen Ländern des Erdenrundes. Auch in Deutschland. Wie die Statistik ausweist, war hier durch die Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung vom Jahre 1891, bis zum Jahre 1893, für 600 000 Frauen die Arbeitszeit auf 11 Stunden täglich beschränkt und für rund 195 000 jugendliche Arbeiter war die tägliche Frohn auf 10 Stunden täglich verfürzt. Die Arbeit für Kinder unter 14 Jahren vermindert dasselbe Gesetz auf 6 Stunden pro Tag und im Handelsgewerbe ist die Sonntagsarbeit auf 5 Stunden herabgesetzt. Der Bundesrath hat die früher unbegrenzte Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien wenigstens auf 12 Stunden täglich herabgesetzt. Während hier früher die Länge der Arbeitstage in das Ermessen des Arbeitgebers gestellt war, und nur eine Grenze fand bei der physischen Erschöpfung des Arbeiters, kann der Unternehmer heute laut Gesetz nur noch an 20 Tagen des Jahres über 12 Stunden arbeiten lassen. Am 1. Juli 1897 trat ein Gesetz in Kraft, das die Arbeitszeit für die in der Konfektions- und Wäschbranche beschäftigten Arbeiterinnen festsetzt, und zwar für solche über 16 Jahren auf 11 Stunden, und für Arbeiter von 14 bis 16 Jahren auf 10 Stunden, der Kinder unter 13 bis 14 Jahren auf sechs Stunden täglich. Die Arbeit der Kinder unter 12 Jahren ist in diesem Gewerbezweig gänzlich verboten. Die praktischen Fortschritte sind gering, wenn man die Summe der Qual, des Leids im Auge hat, von denen die Arbeit begleitet ist; sie sind gewaltig, wenn man die Segnerchaft betrachtet, die sich ihnen entgegenstemmt. Der erste Schritt und zwar der schwerste ist gethan, für das weitere siegreiche Vordringen wird das deutsche Proletariat sorgen. Es wird als treue Wacht alle Angriffe der Gegner auf die errungenen Positionen abwehren, neue Positionen erringen. Insofern war der 1. Mai nicht nur Feier- und Siegestag, sondern auch Kafftag nach, vor dem Kampfe — während des Kampfes! Kämpfe, heiße Kämpfe waren notwendig, um den Widerstand der Gegner soweit zu brechen; heiße Kämpfe stehen noch bevor! Das laufende Jahr ist ein Kampfesjahr. Der Ausgang der Kämpfe ist geeignet, das Proletariat vorwärts zu bringen, seinem Ziele entgegen, oder es auf Jahre lang zurückzuschlagen. Die Feinde des Volkes rüsten, holen aus zum verderblichen Schlage, der am 16. Juni, dem Tage der allgemeinen Reichstagswahlen fallen soll. Die Fanfaren und Trommeln blasen und wirbeln zur allgemeinen Sammlung gegen den inneren Feind! Der innere Feind ist das um Menschenrecht, um Menschenglück, das für Arbeiterschutz, soziale Gleichstellung kämpfende arbeitende Volk! Haben die Sammler mit ihren Sirenenklängen Glück, folgen die Wähler am 16. Juni den Fanfarenklängen und dem Trommelwirbel, dann erstarrt in Deutschland die Idee des Arbeiterschutzes, dann verlapfelt und vergiftet der soziale Fortschritt! Schlimmes tritt ein! Man nimmt dem werththätigen Volke die Waffe Wahlrecht, macht stumpfer und unfähiger die Waffe Koalitionsrecht! Das darf nicht geschehen! Es wird nicht geschehen, wenn das Volk der Arbeit, treu seiner Aufgabe, treu seiner Pflicht, auf der Hut ist!

Und wenn auch für die Schwächsten der industriellen Proletarierarmee, für die ausgebeuteten Arbeiter des Handwerks, für die Industrie- und Handwerkerhelfer des Arbeiterschutzes die Anfänge gemacht sind, so ist bislang noch nichts geschehen für die landwirtschaftlichen Arbeiterinnen und Arbeiter! Den Bestimmungen der Gefährdungsordnungen unterliegend, des Vereinigungsrechts entbehrend, den Einflüssen eines von ausländischen billigen und willigen Arbeitern überlaufenen Arbeitsmarktes ausgesetzt, stehen sie den Grundbesitzern im Daseinskampfe gegenüber. Bessere sind wirtschaftlich und politisch organisiert, im Besitz der Bortheile, die Vermögen und wirtschaftliche Macht verleihen, und streben danach, ihren Landarbeitern und Dienstleuten die Hande noch fester anzulegen. Jedes Aufbäumen gegen die herrschaftlichen Anordnungen möchten sie unter scharfer Strafe gestellt wissen. Bestrafung des Kontraktbruchs mit Gefängnis, massenhafte Veranziehung ausländischer Arbeiter, Beseitigung der Freizügigkeit für die Land-

arbeiter, das ist ihr Ziel. Von einer die Arbeitskraft als soziales Vermögen schonenden und schützenden Sozialpolitik sind hier noch nicht einmal die spärlichsten Ansätze gegeben. Hier gilt es zu helfen, im Kampfe beizustehen; die ländlichen Proletarier aufzurütteln, ihnen den Staat zu stechen, daß sie erwachen, erkennen lernen, was sie im eigenen wohlverstandenen Interesse zu thun haben, ihre Feinde von den Freunden unterscheiden lernen. Die Freunde der Landproletarier sind ihre Leidensgenossen in der Industrie. Gemeinsam haben sie den Feind zu bekämpfen, gemeinsam für den Arbeiterschutz einzutreten, für den Ausbau und Gewähr der Koalitionsfreiheit, gegen Belastung der Arbeiter, gegen jede wie immer geartete Entrechtung der Arbeiter in Stadt und Land! Und die Forderungen, deren vollständige Verwirklichung die Arbeiter am 1. Mai wieder forderten, werden unwiderstehlich die Köpfe, die Herzen erobern zum Wohle, zum Heile der Unterdrückten und Ausgebeuteten! Der 1. Mai wird als Wendepunkt in der Geschichte betrachtet und demnächst als wirklicher Siegestag gefeiert werden.

Der Bericht der bayerischen Fabrikinspektion 1897.

(Schluß.)

Außerordentlich hoch ist in Bayern die Zahl der kindlichen Fabrikarbeiter (2111), die noch dazu seit 1894 (1413) ständig gestiegen ist: ihre Höhe rührt von dem Mangel des 8. Schuljahres in Bayern her, der 1891 auch für das Fallenslassen des Kinderarbeitsverbots bis zum 14. Jahre maßgebend war. Seitdem hat Bayern nichts gethan, um diesen unhaltbaren Zustand, der 13jährige Kinder der Fabrikarbeit überantwortet, zu beseitigen und es wäre wohl angebracht, bei der nächsten Kinderschulreform das Versäumte von Reichs wegen nachzuholen. Weniger stark als die gesamte Arbeiterzahl haben die erwachsenen Arbeiterinnen zugenommen, wodurch die Klagen über Arbeiterinnenmangel scheinbar bestätigt werden. Nebenfalls findet ein fortschreitender Abfluß weiblicher Arbeitskräfte in die ungeschützte Klein- und Hausindustrie statt. Das hindert jedoch nicht, daß die Verwendung von Arbeiterinnen in ungeeigneten Berufen Fortschritte macht. So wurden in einer pfälzischen Eisengießerei weibliche Kernmacherinnen an Stelle der angeblich „unbotmäßigen“ jungen Burtschen eingestellt, — eine Beschäftigung, die sicherlich auch der eifrigste Förderer der Frauenarbeit nicht gutheißen wird. Bedenklich ist die Zunahme der Jugend- und Arbeiterinnenschulvergehen, deren erstere von 2315 auf 3093 (+ 33,8 Prozent) und letztere von 423 auf 596 (+ 38,5 Prozent) gestiegen sind. Nach dem Einleitungsbericht beruht diese Zunahme theils auf Gleichgiltigkeit, theils auf Widersetzlichkeit der Unternehmer, deren Verhalten um so bedauerlicher sei, als es sich bei den Schutzvorschriften um eine wohlthätige Errungenschaft für die Arbeiterbevölkerung handele, deren Ausdehnung auf das Handwerk und die Hausindustrie nur zu begrüßen sei. Die weitans meisten Vergehen entfallen übrigens auf Ziegeleien (die Industrie der Steine und Erden umfaßt 47,3 Prozent der Jugendschutz- und 33,7 Prozent der Arbeiterinnenschulvergehen); namentlich auf solche, die italienische Arbeiter beschäftigen. Da sind Fälschungen der Arbeitsbücher und Pässe der Jugendlichen an der Tagesordnung, um dem Gesetz ein Schnippchen zu schlagen. Umso mehr muß es verwundern, daß für diese Vergehen, die in 839 bezw. 110 Anlagen dieser Industrie ermittelt wurden, nur 14 bezw. 3 Personen bestraft wurden. Eine solche Milde leidet ja der frivolsten Gesetzesübertretung geradezu Vorzug!

Einer Ausbildung bedürftig sind auch nach dem einleitenden Bericht die Schutzvorschriften für Arbeiterinnen in sittlicher Beziehung, besonders gegen unsittliche Zumuthungen und Angriffe seitens des männlichen Aufsichtspersonals, da immer wieder Fälle vorkommen, bei denen das jegliche Gesetz versagt. Hat doch sogar ein Aufseher in der Pfalz, der wegen Unsittlichkeiten gegen Arbeiterinnen entlassen wurde, vor dem Gewerbegericht geklagt, daß ihm die Hälfte seiner Kündigung-Vergütung zuerkannt; auf eingeleitete Berufung hat nunmehr das Landgericht über den Fall zu entscheiden.

Die Arbeitszeit der erwachsenen Arbeiter beträgt in der Regel in Fabriken 10—11 Stunden und im Handwerk 11—12 Stunden; doch kamen auch bedeutende Ueberschreitungen derselben, bis zu 18 Stunden, in Folge des günstigen Geschäftsganges vor, und mitunter wurden den Arbeitern Ueberstunden und Nachtarbeit so rigoros und unvermittelt zugemuthet, daß sie mangels genügender Vorbereitungen um ihre Abendmahlzeit kamen. Dennoch glaubt der Einleitungsbericht eine langsam fortschreitende Arbeitszeitverkürzung feststellen zu können, wofür hauptsächlich zwei Ursachen vorhanden seien: Der Einfluß der Arbeiter-Organisationen und die anderwärts mit der Arbeitszeitverkürzung gemachten guten Erfahrungen. Den letzteren stehen selbstredend die Arbeiterkritiker gegenüber, da sie von Erfahrungen, wobei die Arbeitszeitverkürzung durch intensivere Mehrleistung notwendig wurde, wohl kaum besriedigt sein dürften. — Die Väterverordnung wird noch allenthalben übertreten; doch seien trotz des langsamen Bollwagens Beweise der Durchführbarkeit des Maximalarbeits-

tages in jeder Art von Bäckereien genug vorhanden, daß es ungerechtfertigt wäre, von den werthvollen Vorschriften wieder abzugehen.

Die Löhne der Arbeiter sind im großen Ganzen die gleichen wie bisher geblieben; Lohnerhöhungen kamen vereinzelt unter dem Einflusse der Arbeiterbewegung vor, während andererseits auch Lohnerabsetzungen eintraten, wo es an genügender Organisation der Arbeiter fehlte. Im Uebrigen bewirkten nur kürzere Arbeitslosigkeit und Ueberstundenverdienst eine Steigerung des Lohnvermögens, von welcher aber die Arbeiter keinen Genuß hatten. Der Einleitungsbericht konstatiert: „Die günstige Gestaltung des Arbeitsmarktes und theilweise auch der Lohnverhältnisse hat leider keine wesentliche Verbesserung der Lebenshaltung für die Arbeiterklasse zur Folge gehabt. Die Ursache hierfür ist hauptsächlich in den Lebensmittelpreisen zu suchen, welche an sich schon hoch, im Berichtsjahre an vielen Orten eine Steigerung erfahren haben.“

So weisen denn die Haushaltsbudgets, wie sie aus einigen Bezirken vorliegen, selbst bei sparsamster Bemessung der Auslagen Defizits auf, deren Ausgleich großentheils nur dadurch bewirkt werden kann, daß auch die Arbeiterfrau zum Mitverdienen herangezogen wird. Auch bleibt die Ernährungsweise in vielen Arbeiterfamilien eine ungenügende.“

Ähnlich sprechen sich auch andere Berichte aus, die auch Miethspreiserhöhungen melden, woraus hervorgeht, daß die Agrarier, Hausbesitzer und Krämer und andere Parasiten der Arbeiterklasse deren Mehrverdienst in ihre Tasche gesteckt haben. Nur eine gute Organisation vermag die Löhne dauernd hoch zu erhalten, und das haben noch die wenigsten Arbeiter begriffen.

Immerhin war die Arbeiterbewegung im Berichtsjahre, entsprechend der günstigen Situation, eine lebhaftere; in zahlreichen Berufen und Orten stellten die Arbeiter ihre Forderungen auf und brachten sie ohne Schwierigkeiten durch. Zur Arbeitseinstellung kam es nur in 37 Fällen mit ca. 3000 Theilnehmern, wovon 19 Streiks für die Arbeiter erfolglos verliefen und 5 und 3 durch Gewerbegerichte bezw. Aufsichtsbeamte beigelegt wurden. Die Stellung der Aufsichtsbeamten zur Arbeiterbewegung ist fast durchweg eine sehr sympathische. Mit Wärme tritt der Einleitungsbericht für dieselbe ein, indem er schreibt: „Gegen die Gefährdung ihrer materiellen und geistigen Lebensbedingungen sehen wir die Arbeiterschaft thatkräftig und nicht erfolglos Stellung nehmen. Vor Allem richtet sie ihre Bemühungen auf vortheilhaftere Gestaltung des gewerblichen Arbeitsvertrages, wie überhaupt auf eine Besserung ihrer ökonomischen Verhältnisse. Von dem hier Erreichten aus sucht sie sich einen Antheil auch an den höheren geistigen Kulturgütern zu sichern. Wo der Einzelne in diesem Kampfe sich zu schwach erweist, tritt die Arbeiterkoalition an dessen Stelle.“ Drei Strömungen ständen der Arbeiterbewegung gegenüber, von denen die eine sich ablehnend und feindlich, die andere sich gleichgiltig-passiv verhalte, während die dritte und weitverbreitetste der Arbeiterbewegung entgegenkomme und in der Hebung der Arbeiterklasse ein Gebot der Gerechtigkeit, wie auch des kulturellen Fortschritts erblicke. Den verbissenen Gegnern der Arbeiterbewegung kann dieses Urtheil aus amtlichen Berichten nicht oft genug entgegengehalten werden.

Werfen wir zum Schluß einen Blick auf die Unfallstatistik, so zeigt sich uns eine geradezu erschreckende Steigerung der Unfälle von 7080 im Jahre 1896 auf 9988 im Berichtsjahre, eine Zunahme um 41,1 Prozent. Dieser Vermehrung der Unfälle gegenüber hält natürlich die schon oft gehörte Beschränkung, es würden jetzt auch die geringfügigsten Unfälle angemeldet, nicht Stand, — das schien auch der Münchener Chefinspektor herauszuföhler, der in seinem Einleitungsbericht unerschrocken das Unternehmertum für die vermehrten Unfälle verantwortlich macht: „Die Unfälle wurden zum nicht geringsten Theile direkt oder indirekt durch die Arbeitgeber verschuldet, sei es in Folge ungenügender Herstellung von Schutzvorrichtungen oder durch Ueberforderung der physischen Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters, durch Anordnung von Alfordarbeit (Prämienystem) bei gefährlichen Beschäftigungen, mangelhafte Betriebsüberwachung, Anstellung unerfahrener Arbeiter an Maschinen u. A. mehr. Es ist deshalb nicht zu verwundern, daß die von den Aufsichtsbekanntem zur Unfallverhütung gemachten Auflagen seit dem Vorjahre gleichfalls, und zwar von 4643 auf 5942 gestiegen sind. Mehrmals mußte gegen widersperrige Unternehmer Strafeinschreitung erfolgen; in 3 Fällen wurde Betriebseinstellung verfügt.“ Von besonderer Bedeutung waren die folgenden Unfälle: In der Portlandzementfabrik Marienstein verunglückten 3 Arbeiter tödtlich durch Bruch eines Keilengerüstes und Absturz aus 26 Meter Höhe. Der Gewölbeeinsturz im Maximilianskeller zu München kostete 4 Arbeitern und 3 Arbeiterinnen das Leben; 12 Arbeiter wurden verletzt. Schwere Unfälle kamen noch bei einem Eckerneinsturz in München und bei einem Gewölbeeinsturz im bürgerlichen Brauhaus zu Jugosladt vor. Die schlimmste Katastrophe traf die Bergleute auf der pfälzischen Grube Frankenholtz, bei der 48 Leute ihr Leben verloren. Diese Katastrophe gab vor Kurzem im bayerischen Landtage Anlaß zu scharfen Debatten, in denen unsere Genossen die Arbeitswirtschaft im Bergbau

Vieles bleibt auch in Bayern noch zu verbessern; wo aber in der Auffassung der Gewerbeaufsicht zwischen Beamten und Arbeiterchaft Uebereinstimmung herrscht, da darf wohl die Hoffnung ausgesprochen werden, daß es den beiderseitigen Anstrengungen schließlich doch gelingen muß, hinsichtlich der unhaltbaren Ausbeutungspraktiken der Unternehmer gründliche Remedur zu schaffen.

Soziale Rundschau.

Der Streik der christlichen Arbeiter am Riesberge und auf der Georgs-Marien-Gütte ist noch ziemlich unverändert; die Streikenden stehen fest, und die Annahme, sie würden sich nach und nach einzeln wieder zur Arbeit einstellen, hat sich bislang nicht erfüllt. Die Reihen der Streikenden lichten sich aber insofern, als eine ganze Anzahl Arbeiter anderweit Unterkommen bereits gefunden haben. Etwa hundert Arbeiter, meist jüngere Kräfte, sind außerhalb weitergebracht. Junge, unverheiratete Leute erhalten keine Unterstützungen. Denjenigen Leuten, die sich bislang bei der Direktion abgemeldet haben, ist eine Strafe für Kontraktbruch von ca. 20 Mark zurückbehalten, über deren Zulässigkeit indes das Gericht noch entscheiden wird. Allzu scharf macht schartig. Dieses Sprichwort dürfte sich jetzt auch buchstäblich an der Arbeitsleitung erfüllen. Bisher hat sie, dank der Uneinigkeit der Arbeiterschaft, ihre Arbeiter willkürlich regiert. Aber die Zeit ist vorüber, daß der Arbeiter sich als willenlose Maschine gebrauchen läßt, welche vom jeweiligen Herrn und Meister beliebig in Gang gebracht oder bei Seite geschoben wird.

Die Arbeiter von Osnabrück nahmen in einer Versammlung in der der Redakteur der „Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ referirte, Stellung zu diesem Streik. Die Versammlung erklärte, die Streikenden moralisch und auch materiell zu unterstützen, wenn sie in irgend einer Weise zu erkennen geben würden, daß ihnen die Unterstützung willkommen ist. In einer Versammlung der Streikenden wies Herr Brust, Führer des Streiks, Vorsitzender des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter, diese Unterstützung unter Hohn und Spott zurück. Die Bundesgenossenschaft von Kaplänen, Fabrikanten u. s. w. scheint diesem „Arbeiterführer“ angenehmer zu sein, als die Hilfe werththätiger, einer anderen Gesinnung huldigenden Arbeiter.

100 Arbeiter der Gummiwaarenfabrik von Dr. Heinrich Traun am Hannoverischen Bahnhof in Hamburg sind vorläufig entlassen. Die Entlassungen sind Folgen einer eingetretenen Abgasstodung, deren Ursache in dem Ausbruche des spanisch-amerikanischen Krieges zu suchen ist.

In Sindorf bei Nürnberg erreichten die Ziegelei-Arbeiter nach zweitägigem Streik einen Erfolg. Der Stundenlohn wurde von 27 auf 33 resp. von 24 auf 27 Pf. erhöht, die Arbeitszeit von 12 auf 11 Stunden herabgesetzt und den Arbeitern das Zugeständniß gemacht, die Arbeit Sonnabends um 6 Uhr, an den Vorabenden vor den Feiertagen um 5 Uhr beenden zu dürfen, ohne daß, wie es bisher üblich war, ein Abzug erfolgte.

In Magdeburg streikten die Zimmerleute. Eine wohlthätige Magdeburger Bauzunft beschloß, alle Bauhandwerker auszuschließen, wenn die Zimmerer nicht bedingungslos die Arbeit aufnehmen. Dazu verstanden sich die Zimmerer nicht, und so sind am 30. April alle Bauhandwerker und Bauarbeiter entlassen worden.

Vom Ausstand der Bergleute in Süd-Wales ist wenig Neues zu berichten. Die Maschinenisten und Heizer haben den Unternehmern ebenfalls Forderungen an Erhöhung des Lohnes unterbreitet. Die Unternehmer haben die Forderungen als zu hohe abgelehnt, erklärten sich aber bereit, weitere Unterhandlungen zu pflegen. Die englischen Gewerkschaften beginnen für die Streikenden Gelder zu sammeln.

Deutsche Sozialpolitik in Siam. In seinem amtlichen Bericht über die Lage in der Siam-Reise schreibt der Chef des dort stationirten Kreuzergeschwaders, Vizeadmiral v. Dieberichs: Die Arbeitslöhne, welche anfänglich in Folge des größeren Bedarfs verhältnißmäßig hoch waren, wurden, nachdem durch Erkundigungen bei den Magistratsbeamten in den Städten die ortsüblichen Löhne in Erfahrung gebracht waren, vom 1. Februar ab um ein Viertel herabgesetzt. Hierbei wurde immer noch etwas mehr gezahlt als der Chinese giebt. Dennoch entstand in den ersten Tagen etwas Unzufriedenheit und Zurückhaltung. Beides ist aber inzwischen vollständig geschwunden und es ist jede gewünschte Zahl von Arbeitern ohne Mühe zu erhalten.

Die chinesischen Arbeiter sind wegen ihrer Bedürfnislosigkeit, die ihnen erlaubt, zu fabelhaft billigen Löhnen zu arbeiten, der Schrecken der amerikanischen Arbeiter geworden. Aus sozialen Erwägungen hat man in Amerika die Chinesenwanderung beschränkt. Wie gering werden die Ansprüche sein, die von den Chinesen an die Arbeitgeber ihres Heimatlandes gestellt werden? Immer noch etwas mehr, wie diese bezahlen, bezahlt die deutsche Regierung! Alles Mögliche!

Von der Aufmerksamkeit der Auszahler des Reisegehalts.

Obwohl wir erst in Nummer 7 des „Proletarier“ grobe Verstöße gegen das Reise-Reglement feststellten, sind wir heute wieder gezwungen, auf dieses Thema zu-

erzuzunehmen. Am 21. April erschien bei mir das Mitglied Blasius Hubert, geboren in Orzege am 27. Januar 1861, um Reisegehalt zu erheben; der hiesige Auszahler hatte ihn, was zwar ganz mit Recht, abgewiesen. Bei Besichtigung des Buches stellte sich heraus, daß der Mann am 22. Mai 1897 Mitglied geworden ist, trotzdem aber schon 13 Mark und 74 Pfg., dreizehn Mark, Reisegehalt bezogen hat. Der Mann wäre also halb ausgesteuert, ohne noch bezugsberechtigt zu sein.

Bei näherer Besichtigung fand ich denn auch, daß fast dieselben Orte, die bei dem früheren Fall beteiligt waren, auch hier wieder beteiligt sind. Osterreich macht mit der Auszahlung den Anfang. Hier zahlte der mit der Auszahlung betraute Kollege schon am 19. Juli, also wenige Wochen nach dem Eintritt, Reisegehalt aus in Höhe von 46 Pfg., alsdann kam Halberstadt mit 2 Mark, Magdeburg 1 Mark 16 Pfg., Pirchberg 2 Mark, Grunau 2 Mark, Dresden 2 Mark, Altenburg 2 Mark, Raumburg 1 Mark 60 Pfg., Holzwinden 2 Mark. Daß die Auszahlung auf den Irrthum hin geschah, die Bücher S. II seien Ersatzbücher, ist nicht anzunehmen, denn jeder Auszahler muß ja doch Tag und Jahr des Eintrittes zwei Mal in die Quittungsformulare schreiben; diese Annahme würde sich also sofort als falsch herausstellen. Die Auszahlung geschah vielmehr aus grober Unachtsamkeit. Diese zu rügen ist unsere Pflicht! Die Auszahler müssen die Bestimmungen unseres Reglements kennen und dürfen nicht an Leute Reisegehalt zahlen, deren Mitgliedschaft noch von keiner Jahresdauer ist.

In Grunau scheint auch die Bestimmung unbekannt zu sein, nach welcher nur an einem Orte Reisegehalte zu zahlen sind, wenn im Umkreise von 10 Kilometern sich mehrere Zahlstellen befinden. Soweit wir unterrichtet, liegt Grunau in unmittelbarer Nähe Pirchbergs. Grunau kann zufolge der Bestimmung Reisegehalte nicht mehr auszahlen. Wir hoffen nunmehr, daß die Zahlstellen für Beachtung des Reglements durch die Auszahler Sorge tragen, wir somit nicht mehr in die Lage kommen werden, mit ähnlichen Zeilen den Raum des „Proletarier“ in Anspruch nehmen zu müssen. Durch solche Verstöße kommen auch unsere Mitglieder zu ganz falschen Vorstellungen. Als ich dem H. Hubert bedeutete, daß er Reisegehalte nicht bekommen könne, meinte er: Ja, ich habe es doch überall bekommen! Ich sperre ihm nun bis zum 1. Dezember l. J. das Reisegehalt; als er die Eintragung las, meinte er ganz entrückt: Wir sollen unterstützt werden und werden unterdrückt! Mit der Annahme, daß ihm ein großes Unrecht geschehen, ging er von dannen. Jene Zahlstellen, deren Auszahler entgegen den Reglementsbestimmungen die Auszahlung vornehmen, müssen sich darauf gefaßt machen, daß in Zukunft alle unrichtig ausgezahlten Summen als am Orte behalten verrechnet werden. Das Reglement steht auf Seite 25 eines jeden Buches, jedem Auszahler, jedem Mitgliede ist es ein Leichtes, seinen Inhalt kennen zu lernen.

Aug. Drey.

Unterstützungswesen im Allgemeinen.

Nach der bisherigen im „Proletarier“ gepflogenen Erörterung hat es den Anschein, als wollten die Kollegen sich auf die Arbeitslosenunterstützung versteifen. Es ist wohl anzunehmen, besonders nach den Ausführungen in Nummer 7 des „Proletarier“, daß der nächste Verbandstag zu der Arbeitslosenunterstützung Stellung nehmen wird, deren Einführung ist indes aber nicht zu erwarten. Trotz aller grundsätzlichen Abweichungen müssen wir im Auge behalten, daß unser immer mächtiger werdender Feind es bedingt, daß wir Reformen schaffen, die uns eine Armee sichern, die im ernstlichen Kampfe den Nutzen erkennt, den ihr die Organisation bietet.

Ich muß auf meine in Nummer 1 gemachten Ausführungen zurückkommen und frage: wenn wir aus Gründen der Taktik uns einig werden, ist es dann absolut notwendig, daß wir die schwierigste Form der Unterstützung, die Arbeitslosenunterstützung einführen? Wenn diese auch am weitgehendsten ist und ihre Durchführung sehr zu begrüßen wäre, so fehlt es vorläufig noch an dem nötigen Rückhalt, und zwar hinsichtlich des Kostenpunktes und des Arbeitsnachweises. Ohne den kontrollierenden Arbeitsnachweis die Arbeitslosenunterstützung einzuführen, ist nicht rathsam. Daher empfiehlt es sich, andere Unterstützungen in Erwägung zu ziehen. Ich bringe das Folgende in Vorschlag: In Krankheitsfällen eine wöchentliche Unterstützung von 6 Mark zu gewähren. Dasselbe bei Niedertrast verheirateter weiblicher Mitglieder. In Sterbefällen ein Sterbegeld von 40 Mark an die Hinterbliebenen. Unterstützung in besonderen Nothfällen. — Zur Verhütung von Mißbrauch müßte den Zahlstellen bei Gewährung der letzteren Unterstützung eine genaue Kontrolle eingeräumt werden. Die Erhöhung der Beiträge ist unbedingt notwendig. Nach annähernder Berechnung glaube ich folgende Beitragsätze in Vorschlag bringen zu können: für männliche Mitglieder einen Wochenbeitrag von 30 Pfg. (Der Kollege läßt sich wohl etwas abhandeln. D. A.), für weibliche Mitglieder 15 Pfg. Sollten Bedenken aufsteigen, daß dieser Beitrag für viele Fabrikarbeiter wegen ihres geringen Verdienstes zu hoch ist, so ließe

sich eine Beitragsklasse von 20 Pfg. für die Mitglieder einführen, die nachweislich unter 15 Mark Wochenverdienst haben. Diesen Mitgliedern müßten aber dieselben Rechte gewährt werden, wie den Mitgliedern der ersten Beitragsklasse. Das Umzugsgehalt, das heute nach § 9 den Mitgliedern gewährt wird, wird unter die Rubrik „Besondere Nothfälle“ zu bringen sein und weiterer Erwähnung im Statute nicht bedürfen. Ich stelle das Vorstehende den Kollegen anheim, vielleicht findet der Eine oder Andere noch bessere Vorschläge, und wir gelangen zu einem befriedigenden Abschluß.

E. Vogt-Barmbeck.

Berichtigung. Der Kollege Sad, Hamm, schreibt: In Nr. 7 des „Proletarier“ wird in dem Artikel „Die Kosten der Arbeitslosigkeit“ die Statistik des Hamburger Kreises erwähnt, dabei das Ergebnis der Zählungen aus den Jahren 1896 und 1897 gegenübergestellt und die Geringsfügigkeit der Arbeitslosigkeit aus dem letzten Jahre betont. Dazu ist zu bemerken, daß im Jahre 1896 die Arbeitslosigkeit der Mitglieder für das ganze Jahr nach Wochen angegeben, während im Jahre 1897 nur die Zahl der Kollegen festgestellt wurde, die am Tage der Aufnahme im Monat April arbeitslos waren.

Korrespondenzen.

Altona-Ottensen. Eine von Hirsch-Dunderschen Gewerksvereiner einberufene Versammlung tagte am 20. April im Lokale des Herrn Schumann in Ottensen, in welcher der Redakteur des „Gewerksvereiner“, Herr Goldschmidt, einen langen Vortrag hielt, wobei er auf alle Zwischenrufe reagierte. Er sollte über die Leistungen der Gewerksvereiner Hirsch-Dunderscher Richtung sprechen, hielt es aber für richtiger, die Sozialdemokratie zu bekämpfen und sich zu bemühen, darzutun, daß dieselbe die Interessen der Arbeiter, wenn auch wider Willen, gründlich verletzt habe. Seiner Behauptung zufolge habe die Sozialdemokratie, die durch Bismard gefördert und salonfähig geworden sei, Zersplitterung in die Reihen der Arbeiter getragen und das Bestreben der Arbeiter nach wirtschaftlicher und freierlicher Besserstellung erschwert. Sie habe stets betont, daß erst nach dem Zusammenbruch des Kapitals die Arbeiter Besserung zu erwarten hätten und auf diesen Zusammenbruch hingearbeitet. So habe sie es verhindert, daß sich die Arbeiter auf neutralem Boden zusammen gefunden und ihrem gemeinsamen Interesse gebietet hätten, wie es die englischen Arbeiter und, nach dem Muster derselben, die Gewerksvereiner gethan. Immer habe die Sozialdemokratie den Massencharakter der Arbeiter hervorgehoben und die Arbeiter auf das politische Gebiet gedrängt, wodurch sie nichts erreicht hätten. Ihm, Redner, sei es lieber, wenn statt der 1750 000 abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen so viele Arbeiter vorhanden wären, die wirtschaftlich organisiert seien. Dann rechte man mit der organisierten Masse; sie würde den Unternehmern imponieren, während man auf die sozialdemokratischen Stimmen wenig Gewicht lege. Redner behauptete, daß in England die Interessen der Arbeiter durch die Liberalen gefördert worden seien und meinte, auch die deutschen Arbeiter würden sich besser gestanden haben, wenn sie statt der Sozialdemokratie den Liberalen Hülfe geleistet hätten würden. Die alte Mär, daß die Führer der Sozialdemokratie von gewerkschaftlichen Organisationen nicht viel wissen wollen, weil sie darin Konkurrenzgesellschaften erblickten, ist die Redner auch wieder auf. Zum Schluß kam er auf seine Gewerksvereiner zu sprechen und behauptete, daß sie auch bessere Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit, wie überhaupt bessere Arbeitsbedingungen anstreben. Sie suchten aber Streiks zu vermeiden und erwarteten von gütlichen Verhandlungen mehr, als von Streiks, zumal wenn keine Mittel vorhanden seien, wie es bei den sozialdemokratischen Gewerkschaften in der Regel der Fall. Er wollte beweisen, daß sie durch gütliche Verhandlungen ebenso viele Erfolge gehabt hätten, wie die Sozialdemokraten durch Streiks. Nachdem er es für nicht richtig erklärt, daß die Sozialdemokraten bestrebt wären, ihnen die Mitglieder wegzuschmappen, schloß er seine Rede. — Genosse v. Elm wies zunächst darauf hin, daß er einen Vortrag über die Leistungsfähigkeit der Gewerksvereiner erwartet hätte, statt dessen aber eine freisinnige Wahrrede habe anhören müssen. Herr Goldschmidt habe verschiedentlich falsch citirt. Unrichtig sei, daß die Sozialdemokratie, welche es verneine, daß zwischen Arbeit und Kapital Harmonie möglich sei, bei den Arbeitern Zersplitterung herbeigeführt habe. Das sei von den Hirsch-Dundersianern zu behaupten. Als zwecks Gründung von Gewerksvereinen ein Arbeiterkongreß einberufen worden sei und dieser beschlossen hätte, daß die zu gründenden Vereine sich auf den Boden des Klassenkampfes stellen sollten, hätte Max Hirsch nicht mitgemacht und die jetzigen Gewerksvereiner gegründet. Dieselben seien nicht auf der Waffe der englischen Gewerksvereiner aufgebaut, denn diese hätten auf dem Boden des Klassenkampfes, während jene Harmoniebestrebungen trieben. Es gebe keinen Frieden zwischen Arbeit und Kapital, und die Arbeiter müßten sich in wirtschaftlicher und politischer Beziehung auf den Kampf vorbereiten. Es sei nicht schön, daß der Referent die Gewerkschaften als sozialdemokratische Vereine gekennzeichnet habe. Würden sich die Gewerkschaften auf den Boden des Referent Programms gestellt haben, wie behauptet worden sei, so hätte man ihnen längst das Lebenslicht ausgeblasen. Er halte es für notwendig, daß die Arbeiter sich politisch und gewerkschaftlich organisieren, in den Gewerkschaften aber Politik nicht treiben. Hier hätten sie sich zusammenzufinden, um bessere Löhne- und Arbeitsbedingungen zu erzielen. Wenn Referent behauptet habe, wir seien ohnmächtig und hätten für die Arbeiter nichts gethan, so sprächen die That-sachen gegen die Behauptung. Nicht nur durch Gesetze suchten wir den Arbeitern zu helfen, sondern auch durch Förderung ihrer wirtschaftlichen Organisationen. Schon sei es gelungen, 329 000 Arbeiter in Zentralverbänden zu organisieren. Das zeuge doch davon, daß wir nicht einseitig vorgingen. Indem Redner sodann die Leistungen der Gewerksvereiner und der Gewerkschaften gegenüberstellte, bewies er, daß letztere bedeutend mehr geleistet haben, wie die ersteren. Die Gewerksvereiner hätten für den wirtschaftlichen Kampf kein Geld über, da sie ihren Beiträge zu gering. Die Meinung des Referenten, daß die Arbeiter sich besser ständen, wenn sie zu den Liberalen hielten, setzte Redner in das richtige Licht, indem er darauf hinwies, daß selbst Liberalen der Redner sympathisch gegenüber gestanden und die Freisinnigen in einem Falle geholfen hätten, das Sozialistengesetz zu verlängern. Die Sache der Arbeiter, sagte Redner, würde nur durch die Sozialdemokraten und nicht durch die Liberalen gefördert. (Ausschreiender Beifall.) Obgleich noch sechs Redner in die Redezeit eingebracht waren, gab der Vorsitzende dem Referenten sogleich wieder das Wort. Das ließ sich die Versammlung nicht gefallen, worauf der Vorsitzende die Versammlung schloß.

Barmbeck. Am 13. April tagte unsere Mitglieder-Versammlung, die zunächst die Abrechnung entgegennahm. Einwendungen gegen letztere wurden nicht erhoben. In auf einem Unterhaltungsabend erzielter Ueberschuß von 23,75 Mk. wurde der Unterhaltungskommission überwiesen. Den Bericht vom Streit der Pflasterer-Mitglieder erstattete Kollege B. Herr Eger verlangt von seinen jetzigen Arbeitern, daß sie keiner Organisation angehören. Die Männer, die gegen diese Bestimmung

verstoßen, sollen 10 Mark ihres verdienten Lohnes einbüßen, die Frauen 5 Mark. — Den Ausständigen werden noch einmal 50 Mark bewilligt. Dann werden vier Hilfskassierer gewählt und darauf die Versammlung geschlossen.

Berlin. Am 29. April tagte eine Mitglieder-Versammlung in Charlottenburg in „Beyer's Hotel“. Auf Antrag des Kollegen Schumann wurde der Vortrag abgelehnt. Es wurde dann beschlossen, daß jedes Mitglied verpflichtet ist, von den Markieren im Preise von 25 Pfg. eine zu kaufen. Zum Ausbau der Agitation hat jedes Mitglied 10 Pfg. beizutragen. Zum Verbandstage wurden verschiedene Anregungen gegeben, damit die Mitglieder sich jetzt schon über ihre Stellung zu verschiedenen Anträgen klar werden. Nachdem noch auf die am 15. Mai im Lokale zur „Bismardhöhe“ tagende Versammlung aufmerksam gemacht worden, und die Waierversammlungen bekannt gegeben waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Berlin. Mittwoch, den 20. April, tagte unsere Mitglieder-Versammlung für Süd-Ost im Lokale des Herrn Ewald. Weil der Referent noch nicht erschienen war, wurde zunächst ein neuer Diskussionsleiter in der Person des Kollegen Mademann gewählt. Ein Antrag, der jedes Mitglied zum Kauf einer Matmarke von 25 Pfg. verpflichtet, ward gestellt und angenommen. Darauf sprach der Referent Max Kiesel über die Lebenshaltung des Proletariats. Redner ging in geschichtlichen Rückblicken auf die Entwicklung der jetzt herrschenden Produktionsformen ein, betonte, daß von letzterer die Lebenshaltung der Arbeiter beeinflusst würde und gab ein Bild über die Lebenshaltung der Arbeiter in den in der Kultur zurückgebliebenen Gegenden, wo man den Menschen mit dem Hinweis auf das bessere Jenests von dem Kampf für eine Besserung des irdischen Loses abhalten wolle. Dagegen müsse von uns immer und immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die Arbeiter ihr Loos verbessern müssen durch Organisation und durch Kampf. Nach der Diskussion wurde noch beschlossen, daß die Kollegen monatlich eine Extrasteuer à 10 Pfg. und eine Agitationsmarke im gleichen Werthe zu nehmen haben. Nachdem noch eine Fabrikordnung der Firma Dambis einer Kritik unterzogen worden war und eine Anzahl Personen sich in den Verband hatten aufnehmen lassen, wurde die Versammlung geschlossen.

Wiesbaden. In der Versammlung am 23. April legte der 2. Bevollmächtigte die Abrechnung vor. Da weder die Revisoren noch die Versammlung Veranlassung hatten, Einwendungen zu machen, so wurde dem 2. Bevollmächtigten Entlastung erteilt. Unter Punkt 3 der Tagesordnung hielt Kollege Großer einen Vortrag über die gegenwärtige Lage der Arbeiter. Dabei hat sich ihm besonders Gelegenheit, die vielen auf hiesigen Fabriken herrschenden Mißstände einer Kritik zu unterziehen. Hierbei wurde der Vortragende noch von einem Diskussionsredner unterstützt. Zum Schluß wurde angeregt, in Amöneburg eine Zahlstelle des Verbandes zu gründen. Der 1. Bevollmächtigte versprach, die nötigen Schritte zu thun, um in jenem Orte, der stark von Arbeitern bevölkert ist, einen Zweig unserer Organisation zu errichten.

Frankfurt a. M. Am 23. April tagte unsere vierteljährliche Generalversammlung. Kollege Leonhardt legte die Abrechnung vom 1. Quartal vor. Die Versammlung erkannte ihre Richtigkeit an. Genosse Dr. Quast hielt darauf einen Vortrag über: „Christliche Arbeitervereine und Gewerkschaften“. Redner betonte, daß die christlichen Arbeitervereine es mit der Erreichung günstiger Lebens- und Arbeitsbedingungen garnicht ernst meinen, sondern Unterthünungen und das religiöse Element in den Vordergrund ihrer Bestrebungen stellen. Die Gewerksvereine auf christlicher Grundlage würden nur gegündet, um den modernen Gewerkschaften Abbruch zu thun. Drei christliche Gewerksvereine kämen in Frage: der Textilarbeiterverein für Rheinland und Westfalen, der Bergarbeiterverband und der Verband der Eisenbahner. Die Führer dieser Verbände seien zum großen Theile Pfarrer oder sonst fromme Leute, die garnicht das Glend der Arbeiter praktisch kennen gelernt haben. Müßten diese Verbände einmal Stellung zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen nehmen, wie jetzt am Piesberge bei Osnaabrück, so stellte es sich sofort heraus, daß Personen an führender Stelle den Kampf verrichten, wie es ja Herr Weber öffentlich gethan habe. Mitglieder des christlichen Eisenbahnerverbandes hätten sogar Mitarbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zum anderen Eisenbahnerverband bei der Direktion angezeigt, und sie dadurch aus langjährig innegehabter Arbeit gebracht. Die Einigkeit unter den Arbeitern werde durch die Führer der christlichen Vereine gehindert. Redner erklärte zum Schluß, daß, sobald die Mitglieder der christlichen Arbeitervereine einsehen, was wir schon längst wissen, daß ihre Vereine nur im Interesse der Befugter wirken, sie dann unseren Gewerkschaften beitreten, weil letztere einzig und allein in wirksamer Weise für Wahrung der Arbeiterinteressen eintreten. — Der Kollege Sang beantragt, die Versammlungen anstatt alle 14 Tage alle 4 Wochen tagen zu lassen. Der Antrag wurde abgelehnt. Kollege Eiser weist auf die Einberufung des Verbandstages hin und theilt mit, daß die nächste Versammlung sich mit der Wahl eines Delegierten und mit Stellung von Anträgen an den Verbandstag zu befassen habe.

Greifswald. Am 16. April tagte unsere Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Friedrich Petersen. Die Abrechnung vom 1. Quartal 1898 ergab eine Einnahme von 194,71 Mk. und eine Ausgabe (einschließlich der an die Verbandskasse gesandten 70,60 Mk.) von 110,17 Mk., bleibt Lokalassenbestand von 84,54 Mk. Im Punkte „Beitragsrückzahlung“ stimmten die Kollegen einstimmig für eine Erhöhung der Beiträge. Hierauf beschlossen die Kollegen die Theilnahme an dem Gewerkschaftstage, das für diesen Sommer beschlossen ist. Sodann wurde noch beschlossen, jedem Kollegen das Wort „Der Arbeitsvertrag des Gewerbe- und Fabrikarbeiters“ zu verabschieden, die Kosten der Feste werden aus der Kassa des Gewerkschaftes getragen. Dieses für jeden Kollegen und Arbeiter so wichtige Büchlein wird in unserer nächsten Mitglieder-Versammlung jedem anwesenden Kollegen übergeben werden. Dann folgte Schluß der Versammlung.

Halberstadt. Die Ueberförder haben hier Folgendes auf dem Wege von Kommissions-Verhandlungen erreicht: 10 stündige Arbeitszeit (bislang 11 Stunden), Erhöhung des Wochenlohnes von 15 Mk. auf 16 Mk. 50 Pfg., für jede Ueberstunde 40 Pfg., Sonntags 40 Pfg. Einen eingehenden Bericht bringen wir in nächster Nummer.

Hamburg. Unsere Mitglieder-Versammlung tagte am 20. April im Lokale des Herrn F. J. d. Rosenstraße 37. Da der 1. Bevollmächtigte am Erscheinen verhindert war, so leitete der 2. Bevollmächtigte die Versammlung. Genosse Martiffe hielt einen lehrreichen Vortrag über die Gewerbeordnung. Am Schluß des Vortrages forderte der Referent die Versammelten auf, rage für die bevorstehenden Reichstagswahlen zu agitieren, damit Abgeordnete in den Reichstag kommen, welche auf Erlass besserer Arbeitsgesetze dringen. Die Abrechnung vom 1. Quartal 1898 ergab eine Einnahme von 248,24 Mk., der eine Ausgabe von 169,58 Mk. gegenübersteht; müßig ein Ueberschuß von 88,66 Mk. vorhanden ist. Da gegen die Abrechnung Niemand etwas einzuwenden hatte, wurde dem 2. Bevollmächtigten Decharge erteilt. Darauf sprach der 2. Bevollmächtigte über die Bedeutung des 1. Mai und forderte die Mitglieder auf, sich zahlreich an dem Demonstrationstage zu beteiligen. Ferner wurde bekannt gemacht, daß die Zeitung der Zahlstelle beschlossen habe, Matarmarken auszugeben. Der Erlös hierfür fließt in den Lokalfonds. Die Matarmarken sind zum Preise von 1 Mk., 50 Pfg. und 25 Pfg. bei den Hilfskassierern zu haben. Ueber den Streit der Pflasterer in Altona berichtete der 2. Bevollmächtigte. Zu unterstützen sind

